



## Medienkonferenz vom 31. März 2015

### Ja zu den bewährten Prämienverbilligungen – für Familien und Mittelstand

## Erfolgreiche Unterschriftensammlung: übertriebener Abbau bei den Prämienverbilligungen stösst auf Unverständnis

### Ursula Marti, Präsidentin SP Kanton Bern, Grossrätin

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Prämienverbilligungen sind eine der wichtigsten sozialpolitischen Massnahmen zur Verhinderung von Armut und um die Kaufkraft der Haushalte des unteren Mittelstandes zu erhalten. Die SP unterstützt deshalb die Initiative für den Erhalt der bewährten Prämienverbilligungen, wie schon das Referendum, mit grosser Überzeugung.

### Aktueller Stand Abbau Prämienverbilligungen

Der Grosse Rat hat in den letzten Jahren die Prämienverbilligungen sukzessive reduziert: 2012 wurde ein Abbau von 20 Millionen Franken beschlossen (130'000 Betroffene), 2013, im Rahmen von ASP, ein nochmaliger massiver Abbau von jährlich 35 Millionen Franken (86'000 Betroffene). Regierungsrat Neuhaus hat nun jedes Augenmass verloren und die Verordnung dermassen restriktiv formuliert, dass im Jahr 2014 statt dem geplanten Abbau von 24 Millionen Franken sogar 52 Millionen Franken eingespart wurden.

Das ist äusserst stossend und bitter für die Betroffenen, die nun vermehrt auf Sozialhilfe angewiesen sein dürften. Unter den Betroffenen sind viele Familien mit tiefem Einkommen, oft mit Jugendlichen, bei denen die Gefahr besteht, dass sie wegen des finanziellen Drucks auf die Ausbildung, die ihnen zugesagt wurde, verzichten.

Bitter auch, weil der Kanton Bern 2014 einen Ertragsüberschuss von 212 Millionen Franken erwirtschaftet hat, also genügend finanzielle Mittel vorhanden wären.

### Breit abgestütztes Komitee

Es erstaunt deshalb nicht, dass unser Komitee grossen Zulauf hat: Seit dem Ergreifen des Referendums sind weitere unterstützende Organisationen dazugekommen. Neben den grossen Partnern SP, Grüne, Gewerkschaftsbund, Angestellte Bern und VPOD sind AvenirSocial Sektion Bern, das Komitee der Arbeitslosen und Armutsbetroffenen kabba, der Dachverband soziale Institutionen Region Biel, Kriso Bern sowie die Jungparteien Jusos, Junge Grüne und Junge Alternative im Initiativkomitee vertreten. Weitere Organisationen entscheiden demnächst über die Unterstützung.



## **Reaktionen aus der Bevölkerung**

Auch in der Bevölkerung ist eine grosse Unterstützung spürbar. Die Unterschriften für das Referendum sammeln sich leicht. Viele Leute äussern sich besorgt oder verärgert über diese Sparmassnahme, die die Falschen trifft, finanzpolitisch unnötig ist und zudem übereifrig umgesetzt wurde. Immer wieder schütten uns auch Betroffene ihr Herz aus. Sie schildern, wie sie ihre Lebenshaltungskosten kaum mehr finanzieren können. Die Reaktionen der Bevölkerung bestätigen, was sich auch schon in unserem Nachbarkanton Solothurn gezeigt hat: Die unsozialen, übertriebenen Sparmassnahmen stossen auf Unverständnis; das Referendum und die Initiative sind nötig und haben grossen Zuspruch.

## **Referendum auf Kurs**

Das Referendum und die Initiative sind ein „Duo-Pack“. Für unser Ziel, die bewährten Prämienverbilligungen zu erhalten, braucht es beides. Das Referendum gegen die Gesetzesänderung (Wegfall des Sozialziels) war der erste Schritt. Wir sammeln seit dem 11. Februar Unterschriften und werden diese Sammlung bald abschliessen können. Die Referendumsabstimmung hat eine grosse, auch übergeordnete Bedeutung: Es ist das erste Mal, dass sich die Berner Stimmbevölkerung zu einer ASP-Massnahme äussern kann. Die Abstimmung ist ein Plebiszit zum Sozialabbau, wie er derzeit praktiziert wird: ohne Rücksicht auf tatsächliche Gegebenheiten, wider die Vernunft und wider das Gebot eines minimalen sozialen Ausgleichs. Mit dem Referendum bereiten wir den Boden für die Initiative, deren Inhalt nachfolgend vorgestellt wird.